



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Baße mit Ötters Backpulver und so weiter. Schwächting freute sich über die hübschen Bilder und die hübsche Idee und nagelte „die zehn Gebote“ in schöner Gruppierung an die Wand.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Bismarck erklärte bei einem gegebenen Anlaß die französische Phrase: *L'Anglais est mauvais coucheur, il tire toujours la couverture d'après lui.* An diesen Satz, der sich auch in der neuesten französisch-englischen Entente von neuem bewährt hat, mag Herr Rouvier in diesen der Herstellung des Einverständnisses mit Deutschland gewidmeten Wochen oft gedacht haben. Frankreich war doch tatsächlich in die von England aufgestellte marokkanische Falle gegangen und hat sich nun bei Deutschland zu bedanken, wenn es jetzt mit Ehren und Anstand wieder herauskommt. Deutschland hat ihm zwar keine rôle prépondérante, aber immerhin besondere Interessen an der algierischen Grenze zugestanden. Darüber hinaus konnte Deutschland nicht gehen, wenn es nicht den Rechtsboden der Madrider Konvention und die Rechte aus seinem eignen Vertrage mit Marokko preisgeben wollte. Dieser deutsch-marokkanische Vertrag ist bis jetzt wenig zu Worte gekommen, er stellt immer noch eine starke Reserve für die Zukunft dar. So ist denn das marokkanische Gewölk, das eine Zeit lang ein recht drohendes Aussehen gewonnen hatte, wieder zerstreut, und wir Deutschen könnten mit nicht geringer Befriedigung uns dieses Erfolges unsrer Diplomatie und ihrer bei diesem Anlaß bewiesnen Überlegenheit freuen, wenn nicht im allgemeinen bei uns das Bedürfnis der Kritik weit größer wäre als das Anerkennungsbedürfnis. Bismarck schreibt am 16. November 1870 aus Versailles an seine Gattin in bezug auf Delbrück, dem er dabei ein besonderes Postskript widmet: „Du weißt, daß meine Anerkennungsfähigkeit nicht groß ist, aber dieser kommt mir durch.“ Bismarck ist gelegentlich noch weiter gegangen als in diesem Postskript voll herzlicher Anerkennung und hat offen ausgesprochen, daß er ohne Delbrück die Sache nicht zustande gebracht hätte. Die ihm mangelnde „Anerkennungsfähigkeit“ scheint in ihrer Mangelhaftigkeit ein Stück Nationaleigenschaft der Deutschen zu sein. Bismarck hat erst wirkliche Herkulesarbeiten vollbringen müssen, bis er sich die Anerkennung wenigstens eines großen Teils seiner Landsleute erworben hatte, aber erst bei und nach seinem Ausscheiden aus dem Amte machte sich die Nation wirklich klar, was sie an ihm verlor.

Mit dieser mangelnden Anerkennungsfähigkeit der Deutschen wird sich auch der jetzige Reichskanzler abfinden müssen. Er kann selbstverständlich Bismarcks Taten nicht mehr vollbringen, aber an ernstesten diplomatischen und innerpolitischen Schwierigkeiten hat auch sein Amt ein vollgerüstet und geschüttelt Maß inmitten einer völlig veränderten Weltlage. Diese bringt es denn auch mit sich, daß während für Bismarck die Ziele klar zutage lagen, und es sich wesentlich um die Auffindung geeigneter Mittel und Wege sowie um die nicht leicht zu gewinnende Zustimmung des Königs für ihn handelte, das nunmehr geeinte Deutschland festen großen Zielen einstweilen nicht nachgehen kann, sondern seine Aufmerksamkeit auf die Erhaltung des mühevoll Gewonnenen und auf die Sicherung vor Überraschungen richten muß. Dazu kommt, daß in allen internationalen Fragen und Beziehungen die politische von der wirtschaftlichen Seite mehr und mehr untrennbar wird. Bismarck konnte im Jahre 1887 Rußland gegenüber noch das Prinzip der Trennung der Politik von der Wirtschaftspolitik geltend machen. Heute wäre das kaum noch möglich. Für Amerika, für England, für Japan — um nur diese drei Mächte zu nennen — gibt es im Grunde keine Trennung der wirtschaftlichen von den politischen Zielen, wenigstens nicht auf die Dauer; bei diesen Mächten steht die Politik ausgesprochen im Dienste der Wirtschaftsinteressen. In Europa selbst ist es kaum anders: eine

Nation, die sich behaupten will, muß nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich stark und in starker Position sein.

Wir sehen, daß Italien sein politisches Verhältnis zu Frankreich wesentlich um wirtschaftlicher Vorteile willen geändert hat, und der marokkanische Streitfall zwischen Deutschland und Marokko war eine politische Differenz wegen wirtschaftlicher Ziele. Deutschland muß sich für alle diese Fragen einen weiten, vorschauenden Blick bewahren, und ohne unsre starke Rüstung abzutun oder auch nur in einem Punkte zu vernachlässigen, müssen wir emsig Ausguck halten, was die andern, auch jenseits der Meere, tun und treiben. Wie sehr die andern auf uns aufpassen, ergibt sich aus der Frage, die dieser Tage ein Mitglied des englischen Oberhauses an die Regierung richtete, ob und was ihr darüber bekannt sei, daß die Hamburg-Amerika-Linie Luxusfahrten auf dem Nil einzurichten beabsichtige und damit in den ägyptischen und englischen Interessentkreis eindringe. Bekanntlich fährt der Bremer Lloyd von Marseille nach Alexandrien, von Genua nach Neapel und nach Capri; längs der Riviera ist der Schiffsdienst unter deutscher Flagge längst der beste und mustergiltigste. Lernen wir diese kühne und ununterbrochne Pionierarbeit unsrer großen Schifffahrtslinien dankbar würdigen. Wenn der Kaiser jüngst in Hamburg während seines Verweilens bei Generaldirektor Ballin auf dem Haupte der Hamburg-Amerika-Linie seine Flagge hat aufziehen lassen, so war es der Dank für erfolgreiche Vorarbeit und Mitarbeit, der damit ausgedrückt werden sollte. Vielen unsrer Landratten will das noch nicht recht zu Hirn, aber schließlich werden sie einsehen, daß auch die Landwirtschaft nur mit der Nation im Ganzen prosperieren oder sinken kann. Nicht nur der liberale Doktrinarius gibt recht häufig zu Bedenken Anlaß, auch der konservative bleibt nicht der Lehre eingedenk, daß konservativ sein nicht gleichbedeutend sein darf mit Einrosteten.

Der liberale Doktrinarius hatte es richtig wieder fertig gebracht, die Arbeit der Sozialdemokratie zu verrichten, indem er sich ihren „Warnungen“ an die Regierung angeschlossen, der dem Herrn Jaurès von der Sozialdemokratie zugeordneten Gastrolle doch ja keine Hindernisse in den Weg zu legen! Der Reichskanzler aber hat auch bei dieser Gelegenheit bekundet, daß ihm doch ein sehr viel weiterer Blick eigen ist als unsern Durchschnittspolitikern im Parlament und in der Presse. Sein Erlaß an den Botschafter in Paris in dieser Angelegenheit ist ein diplomatisches Kabinettstück. Fürst Bülow sagt darin Herrn Jaurès in verbindlichsten Formen, aber doch zugleich in sehr bestimmter Weise, daß er doch eigentlich viel zu gut dazu sei, dieser rein negierenden, doktrinären und rückständigen deutschen Sozialdemokratie als Folie zu dienen. Jaurès hat das — wie aus seinen Kundgebungen hervorgeht — ganz richtig verstanden und ist dem Reichskanzler sicherlich dankbar, daß er ihn vor dieser Gastrolle — in einem Vorstadtheater bewahrt hat. Unsrer Sozialdemokraten können sich eigentlich nicht beklagen. Sie haben peremptorisch gefordert, daß nicht „irgendein Polizeipräsident,“ sondern der Reichskanzler unter eigener Verantwortlichkeit das Verbot erlassen müsse, falls eine solche Ungeheuerlichkeit überhaupt möglich wäre. Fürst Bülow hat nicht veräumt, die Antwort zu geben, indem er durch sofortige Veröffentlichung des Erlasses die von den Sozialdemokraten verlangte Verantwortung vor aller Welt übernahm und damit zugleich dafür sorgte, daß das Verbot nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland Geltung erhielt. Für Herrn Jaurès aber wiegt das Aktenstück doch bedeutend schwerer als aller Beifall, den er in der Berliner Hasenheide von einem Publikum, das ihn nicht verstanden hätte, hätte einheimen können.

Eine Angelegenheit, die großes aber unberechtigtes Aufsehen in weiten Kreisen gemacht und zugleich die durch unsre gebildeten Stände gehenden sozialen Gegensätze in bedauerlichster Weise in den Vordergrund gezerrt hat, ist die des sogenannten Zehn-Millionenfonds. Sein geistiger Urheber, Fürst Donnersmard, hat sich darüber in öffentlicher Erklärung ausgelassen, die von den Blättern zum Teil mit recht unreifen und unverständigen Bemerkungen aufgenommen worden ist. Es war von vornherein anzunehmen, daß eine Persönlichkeit wie Fürst Donnersmard, den

in jungen Jahren ein Augenleiden zum Militärdienst untauglich machte, am Abend seines Lebens die Anregung zu dem Gedanken, einen Stipendienfonds für junge Offiziere zu stiften, nicht aus sich selbst, sondern nur aus hohen militärischen Kreisen empfangen haben konnte. Wer das langjährige und schließlich sehr enge Freundschaftsverhältnis zwischen dem Fürsten und dem verstorbenen Generalfeldmarschall Grafen Waldersee gekannt hat, durfte ohne weiteres zu der Folgerung gelangen, daß der Gedanke von diesem ausgegangen war. Graf Waldersee hat in seinen verschiedenen Dienststellungen jederzeit einen tiefen Einblick in die Verhältnisse seiner Offizierkorps bekundet; besonders als kommandierender General des neunten Armeekorps, der er eine Reihe von Jahren gewesen ist, war er über Einzelheiten und Persönlichkeiten sehr genau unterrichtet. Ganz besonders hat der verewigte Feldmarschall nach seiner Rückkehr aus China die Frage des Offizierersatzes im Auge behalten, und er hat sich im engern Kreise immer in dem Sinne ausgesprochen, daß der Zugang zur Offizierslaufbahn den Söhnen der minder begüterten Familien erleichtert werden müsse, aus denen die Offizierkorps früher ihren Ersatz bezogen. Dies um so mehr, als bei den großen Fortschritten von Industrie und Technik die bürgerlichen Berufe von Jahr zu Jahr mehr die befähigten und tüchtigen jungen Leute an sich zögen, ihnen ein reichlicheres Auskommen bei geringerer Anstrengung böten, als dies die Offizierslaufbahn mit ihrer strengen Disziplin und den unaufhörlich wachsenden körperlichen und geistigen Anforderungen des durch die zweijährige Dienstzeit so gesteigerten Dienstes vermöchte. Die vielfachen Änderungen in den Bekleidungsvorschriften waren insolgedessen nicht nach seinem Sinne. Bei der Einführung der hellgrauen Vitenken mußte er sich für die Uniformen seiner verschiedenen Dienststellungen deren vier oder fünf anfertigen lassen, und er äußerte damals, daß das ein für den armen Leutnant viel zu kostspieliges Kleidungsstück sei. Ihm waren eben Fälle genug bekannt, in denen unbemittelte Eltern oder gar Wittven kümmerlich darben mußten, um eine Zulage für den Sohn zu ermöglichen, oder arme Offiziere bis zum Hauptmann ein Leben voller Entbehrung führten, um sich für die kranke Mutter oder unversorgte Geschwister Ersparnisse aufzuerlegen. Die Zahl solcher Fälle ist in der Armee viel größer, als im Publikum angenommen werden mag oder bekannt wird, und in der Regel gehören solche Offiziere, von denen ihr Beruf doppelte Charakterfestigkeit fordert, und die frühzeitig vollen Einblick in den Ernst des Lebens haben, zu den tüchtigsten. Gewiß ist demgegenüber die Ansicht berechtigt, daß es Sache des Reichs sei, die Offiziere auskömmlich zu besolden. Aber die Frage ist sehr schwierig zu lösen, einmal bei dem chronischen Defizit in den Reichsfinanzen, sodann weil sich eine Gehaltsaufbesserung, wenn sie endlich einmal finanziell erreichbar sein sollte, nicht auf die Leutnants allein beschränken und dadurch wieder schwieriger werden würde, schließlich weil eine durchgreifende Gehaltsverbesserung in der Armee auf die Beamtengehälter des Reichs und der Einzelstaaten zurückwirkt. Kaiser Wilhelm der Erste pflegte grundsätzlich niemals seine Einwilligung zu Beamtenaufbesserungen zu geben, wenn eine solche nicht zugleich für die Armee gesichert war.

Der Erklärung des Fürsten Donnerstags zufolge sollten 10 Millionen Mark aufgebracht und dem Kaiser zur Verfügung gestellt werden, um aus dem Zinsertrage jüngeren Offizieren bis zum Hauptmann, also Leutnants und Oberleutnants, eine jährliche Zulage von 600 Mark zu gewähren. Bei einem Zinsertrag von 400 000 Mark (zu 4 Prozent) würden mithin jährlich 600 bis 700 Offiziere einer solchen Zulage teilhaftig geworden sein. Das deutsche Landheer hat etatsmäßig 15 416 Leutnants und Oberleutnants. Auf die Kavallerie kommen davon 1763, auf die Feldartillerie 2067, zusammen 3830. Zieht man diese beiden Waffengattungen ab, weil die ihnen angehörenden Leutnants wohl von Hause aus besser gestellt sind, so bleiben für Infanterie, Fußartillerie, Pioniere, Verkehrstruppen usw. noch 11 586 Leutnants und Oberleutnants. Zieht man davon noch 1586 Offiziere ab, die solchen Regimentern angehören, die über eigne Fonds verfügen, so sind 10 000 Offiziere vorhanden, von denen jährlich 600 bis 700 die Zulage aus dem geplanten Fonds

empfangen können! Es bedarf keines weitem Nachweises, daß es sich bei dieser kleinen Zahl nur um Fälle wirklicher dringender Not handeln kann, immerhin aber wird damit den Söhnen unbemittelter Familien eine Erleichterung für den Eintritt in die Offizierslaufbahn geschaffen. Besser wäre es freilich, man könnte den Fonds verdoppeln, oder der Reichstag machte ihn unnötig.

Die seit dem Herbst in engern, auch höchsten militärischen Kreisen bekannte Absicht ist nun, schon ehe sie durch bedauerliche Indiskretion an die Öffentlichkeit gelangte, sehr verschieden beurteilt worden. Mehrere kommandierende und andre Generale, auch inaktive, haben die Sache durchaus gebilligt und sich bereit erklärt, mit Namensunterschrift in ein zu bildendes Komitee einzutreten. In andern Stellen hat man — hoffentlich zu Unrecht — befürchtet, daß später die Gehaltsaufbesserung beim Reichstage darunter leiden könnte; eine andre Kategorie, besonders die verabschiedeten Offiziere, befürchten dasselbe für das Pensionsgesetz. Dazu kam die Anschauung, das Offizierkorps dürfe nicht auf Wohltaten, nicht auf die Ergebnisse einer Sammlung, sondern müsse auf gesetzlich auskömmliche Einkünfte angewiesen sein; eine starke Unterströmung wandte sich dann noch besonders dagegen, daß das Geld unter Mitwirkung der Börse und der Juden aufgebracht werden solle. Das ist nur insofern richtig, als doch, sobald man zur Bildung eines Komitees schritt, Vertreter der Finanz, des Handels und der Industrie nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden konnten. Die Auswahl der für diesen Zweck zu Vorbereitungen eingeladenen Personen mag nun vielleicht nicht glücklich gewesen sein, am wenigsten freilich konnten Einwendungen, die vom semitischen Standpunkt ausgingen, erwartet werden. Auf der einen Seite der Antisemitismus, der aus Klassengegensatz von einem unter Mitwirkung israelitischer Geber zustande gebrachten Fonds nichts annehmen will, auf der andern Seite der Semitismus, der — ebenfalls aus Klassengegensatz — die Beteiligung ablehnt! Welche soziale Perklüstung!

Die Behauptung, die hier und da auftaucht, daß durch solche Zulagen Ungleichheiten im Offizierkorps hervorgerufen würden, ist absolut hinfällig. Gar manche von den ältern Regimentern, die durch Zuwendungen ihrer Chefs oder durch Vermächtnisse früherer Kameraden in den Besitz von Fonds gelangt sind, die zum Teil nicht unbedeutend sind, geben aus diesen Mitteln Zulagen; so empfing z. B. ein zur Zentraltturnanstalt kommandierter Offizier von seinem Regiment monatlich neunzig Mark Zulage. Auch aus Familienstiftungen werden solche gewährt. Es ist nie bekannt geworden, daß daraus Ungleichheiten im Offizierkorps entstanden wären, oder den Zulageempfängern damit ein Makel angeheftet worden sei. Wird denn bei den Studenten ein Unterschied gemacht, ob sie aus der Tasche ihres Vaters, oder ob sie aus einem Stipendienfonds leben, der vielleicht gar von einem israelitischen Stifter herkommt? Dasselbe gilt von wissenschaftlichen Forschern, namentlich Forschungsreisenden, die sich bisher wohl noch niemals den Kopf darüber zerbrochen haben, von welchen Gebern die Fonds etwa stammen, aus denen ihre Reisen bestritten werden. In der österreichischen Armee hatte der verstorbene Erzherzog Albrecht bei Lebzeiten die Rolle eines Wohltäters des Offizierkorps; er sorgte durch ein großes Vermächtnis dafür, daß seine edelmütige Tätigkeit nach seinem Tode fortgesetzt werden konnte.

Eine nationalliberale Parteikorrespondenz hat nun mit großer Emphase den Reichskanzler vor ihre Schranken gefordert und von ihm Rechenschaft, sofort und noch vor Zusammentritt des Reichstags, verlangt, wie er sich zu „dieser unglaublichen Sache“ stelle. Wir glauben nicht, daß der Reichskanzler die Notwendigkeit anerkennen wird, jeder publizistischen Anrempelung eine weiteres Folge zu leisten, aber sicherlich denkt Fürst Bülow genau wie Fürst Bismarck, daß der Reichskanzler gar nicht genug Geld für die Armee bekommen kann. Von diesem Standpunkt aus würde darum auch Fürst Bülow schwerlich zur Ablehnung raten, wenn von privater Seite dem Kaiser eine Stiftung für Armeezwecke zur Verfügung gestellt würde. Die Hamburger Nachrichten — oder Gardens Zukunft — haben die Meinung ausgesprochen, Bismarck würde seinem Freunde, dem Fürsten Donners-

mark, geraten haben, die Hand von der Sache zu lassen. Wir glauben, daß Bismarck als Reichskanzler empfohlen haben würde, den Fonds womöglich zu verdoppeln. *g*

Unbegründete konfessionelle Beschwerden. Der Haß im allgemeinen und der Konfessionshaß im besondern macht blind, darum hat, wer in dieser konfessionell aufgeregten Zeit als Friedensstifter waltet, bald hüben bald drüben Staroperationen vorzunehmen. In Nr. 23 der „Wartburg“ beschwert sich der Herausgeber darüber, daß eine Anzahl Schriften seines Verlags in Preußen auf das Verzeichnis der Bücher gesetzt worden seien, die in sittlicher oder religiöser Beziehung Ärgernis zu erregen geeignet sind und darum nicht auf dem Wege der Kolportage vertrieben werden dürfen. Es sind, wie man aus den angeführten Titeln erfieht, Flugchriften zur Förderung der Los von Rom-Bewegung, zum Teil von bekannten in Österreich tätigen „Evangelisatoren.“ Der Titel der ersten lautet: Die neueste katholische Bewegung zur Befreiung vom Papsttum. Das Papsttum ist eine Einrichtung der katholischen Kirche, und eine von Evangelischen geleitete Bewegung zur Befreiung vom Papsttum heißt auf deutsch Proselytenmacherei unter den Katholiken. Wenn Schriften zu solchem Zweck in katholischen Häusern feilgeboten werden, so erregt das bei der bekannten Stimmung der Katholiken im Deutschen Reich Erbitterung gegen die Evangelischen — an Bekehrung ist gar nicht zu denken; evangelische Käufer aber, die bis dahin harmlose Bürger, Bauern oder Arbeiter waren, werden durch solche Schriften ganz unnötiger- und zweckloserweise in das schädliche Konfessionsgezänk hineingehekt. Man kann der Ansicht sein, daß Bücherzensur und Kolportageverbote unterbleiben sollten, weil die Freiheit die Übel, die sie erzeugt, selbst am besten heilt; aber solange die Einrichtung besteht, werden Schriften der bezeichneten Art mit Recht von ihr getroffen; wir setzen voraus, daß friedensstörende katholische Flugchriften und populäre Bücher nicht anders behandelt werden.

Nun zur andern Seite! Der Dürrsche Verlag in Leipzig gibt eine „Deutsche Bibliothek“ für Lehrerseminare heraus, die auch in katholischen Seminaren benutzt wird. Die Schlesiſche Volkszeitung gesteht dem Werke zu, daß es manche Vorzüge habe, nennt es aber taktlos, daß in den Band: „Deutsche Dichter und Prosaisten von Luther bis Lessing“ auch Luthers Schrift: „An den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung“ und „das wüfte Tendenzgedicht“ von Sachs: „Die Wittenbergische Nachtigall“ aufgenommen worden seien. Luthers Mahnruf an den christlichen deutschen Adel gehört in der Tat, wie der Verleger sagt, zum Schönsten und Vollendetsten von allem, was Luther geschrieben hat, und von Hans Sachsens berühmtem Gedicht schreibt der milde, religiöse und sittlich ernste Otto von Leizner, es leuchte aus ihm „in untrüglichen Zügen warme und echte Überzeugung hervor.“ In beiden Literaturdenkmälern werden allerdings die unerträglichen Zustände des damaligen Kirchenwesens geschildert, aber diese muß unser Lehrerstand, auch der katholische, kennen lernen, damit er die Notwendigkeit der Reformation, die sich ja auch auf den der alten Kirche treu gebliebenen Teil erstreckt hat, begreifen lerne. Dahin müssen wir die Katholiken bringen, daß sie die Reformation als ein weltgeschichtlich unvermeidliches Ereignis und die Evangelischen nicht mehr als Abgefallne, sondern als Christen einer andern, der katholischen religiös gleichberechtigten Konfession ansehen lernen; nur unter dieser Bedingung kann ihnen die volle bürgerliche Gleichberechtigung eingeräumt werden, und nur auf dieser Grundlage ist der konfessionelle Friede möglich.

Eine neue deutsche Chrestomathie. Dem Verleger Eugen Diederichs (in Jena und Leipzig) geht es nahe, daß die Bildungsfrönerei die Deutschen dahin gebracht hat, nicht mehr die großen Persönlichkeiten der Vergangenheit selbst auf sich wirken zu lassen, sondern bloß noch Bücher über sie zu lesen. Um die Wirkung aufs neue herzustellen, gibt er unter dem Gesamttitel „Erziehung zu deutscher Bildung“ nette kleine Bändchen heraus, deren jedes Beiträge zur Charakteristik eines literarischen Großgeistes und eine Blütenlese aus seinen Schriften samt Porträt

enthält. Drei davon sind uns zugegangen: Herder, Fichte und Friedrich Schlegel. Herdern hat Friedrich von der Leyen bearbeitet. Wir führen aus dem „Denkmal Johann Winkelmanns“ zwei Gedanken an, die in den letzten Jahren unzähligmal variiert worden sind, weil die Leser wahrscheinlich ebensowenig wie der Referent bisher gewußt haben, daß sie schon Herder ausgesprochen hat; und vielleicht ist auch dieser nicht der erste gewesen. „Der arme Winkelmann muß als Konrektor in Seehausen und als Exzerptor zur Bünauschen Reichsgeschichte sich Stunden erarbeiten und erstehlen, damit er andern einst Augen gebe, Schätze zu genießen, die er selbst nicht besaß, und für welche jene nur die Aufkäufer und Geldverschwender werden konnten. Aber so ist's in Deutschland lange gewesen und wird vielleicht noch lange, weder zum Ruhm noch zum Vorteil der Nation, so bleiben. Denn woher kommt's, daß das Sprichwort: Sic vos non vobis! von jeher der Deutschen Schicksal gewesen? woher kommt's, daß sie immer die besten Erfindungen gemacht und nicht genutzt haben und am Ende nur immer die Stiege, der Fußtritt gewesen sind, auf die eine andre Nation mit leichter Mühe steigt, um sich darauf mit schwerem Anstande zu brüsten?“ Der zweite Ausspruch bezieht sich auf den Streit zwischen Künstlern und Kritikern oder Kunstschriststellern, der ja erst jüngst wieder einmal getobt hat. Gewisse Künstler, die Winkelmann angreifen, „sagen nichts mehr, als der Koch soll nur für Küche kochen, der Dichter nur für Dichter dichten, der Straßenfeger nur für Straßenfeger fegen; sonst, wehe dem Gaumen, der eine Speise schmeckt, sie lobt oder tadelt und nicht selbst Koch ist! usw.“ — Fichte, nicht der Metaphysiker, sondern der Ethiker und Patriot Fichte, ist eine der besten Medizinien für Magen, die moderne Kost verdorben hat. Max Nieß hat seine Sammlung von Kraftstellen und Dokumenten „Ein Evangelium der Freiheit“ betitelt. Wir empfehlen der Beherzigung die „bittern Erfahrungen eines idealistischen Professors mit den Studenten“ (S. 30). Nieß hätte noch den Ausspruch Fichtes über die akademische Freiheit aufnehmen sollen, den dieser Tage die Kölnische Volkszeitung (aus den vor gerade hundert Jahren gehaltenen Vorlesungen über das Wesen des Gelehrten) abgedruckt hat. Dem guten Fichte würden wohl auch heute die Fenster eingeworfen werden. — Der geniale Niederjan Schlegel hat es nach seinem Bearbeiter von der Leyen oft nur zu Aphorismen oder, wie man damals sagte, Fragmenten gebracht, weil er zur Ausführung zu faul war. Der von ihm grundverschiedne Nießsche ist aus ganz andern Ursachen Aphoristiker geworden, aber bei aller Verschiedenheit beschränkt sich die Ähnlichkeit beider doch nicht auf die Vorliebe für die aphoristische Form. Eine nicht ganz angenehme Überraschung wird den Anbetern Nießsches folgende Stelle aus Leyens Einführung bereiten. „Wir wissen, daß Erwin Rohde und Nießsche, aus Zufall gleichzeitig, sich in romantische Werke vertieften. . . Friedrich Schlegel hat zuerst die Worte »apollinisch« und »dionysisch« geprägt und vielleicht auch das ungeheure Problem, das sich in ihnen verbirgt, geahnt; Friedrich Schlegel schon sagte gelegentlich, daß die Griechen sich ihres übergroßen Reichthums an Genialität nicht hätten erwehren können; derselbe Friedrich Schlegel betonte bereits, man dürfe die griechische Philosophie nicht mit Thales wie aus dem Nichts entstehen lassen, sondern müsse die Anfänge der Philosophie in der Religion und in den religiösen Kulte wie in denen der Orphiker suchen. Friedrich Schlegel hat von der »fröhlichen Wissenschaft« gesprochen und seine Zeit als Zeit der »Morgenröte« gepriesen; Nießsche nannte seinen Zarathustra ein Buch für alle und keinen, und Friedrich Schlegel sagte, ein rechter Autor müsse für niemanden schreiben. Der Zarathustra kündete den Übermenschen, und Schlegel schrieb, es sei der Menschheit eigen, daß sie sich über die Menschheit erheben müsse.“ Von Schlegels kleinen, epigrammatischen Aphorismen wollen wir zwei Proben vorlegen. „Das erste in der Liebe ist der Sinn füreinander, und das Höchste der Glaube aneinander.“ „Jeder Begriff von Gott ist leeres Geschwätz. Aber die Idee der Gottheit ist die Idee aller Ideen.“

Herausgegeben von Johannes Grunow in Leipzig

Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig — Druck von Karl Marquart in Leipzig